

Glahn, Hans-Otto

Article — Digitized Version

Spaniens Bemühungen zur Stabilisierung der Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Glahn, Hans-Otto (1958) : Spaniens Bemühungen zur Stabilisierung der Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 8, pp. 453-456

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132676>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß sich die Beziehungen zwischen den elektronischen Industrien innerhalb des Gemeinsamen Marktes über die bisherigen Landesgrenzen hinaus enger gestalten werden, ohne daß hierbei eine Kartellisierung zu befürchten wäre, denn es dürften sich wohl immer zwei oder mehrere konkurrierende Gruppen gegenüberstehen. Allerdings ist es offensichtlich, daß gerade auf diesem Gebiet mit sehr kostspieliger Forschung größere Arbeitsteilung, Spezialisierung und Koordinierung unentbehrlich sind. Allein auf diese Weise läßt sich die europäische elektronische Industrie auf das amerikanische Niveau heben. Dies wird von den verantwortlichen französischen Persönlichkeiten seit einiger Zeit sehr genau erkannt.

AUSBILDUNG VON FACHKRÄFTEN

Ein weiteres, andersartiges Problem, das aber vielleicht ebenfalls im europäischen Rahmen etwas leichter zu lösen ist, stellt die Ausbildung der Fachkräfte. Frankreich bildet eine zu kleine Zahl von Ingenieuren aus, und der Bedarf der elektronischen Industrie wird jedes Jahr größer. Immerhin geben die jungen Ingenieure der Elektronik ebenso wie der Atomenergie neuerdings eindeutig den Vorzug. Außerdem sind die Fabriken selbst um die Schulung von Fachkräften und um den Aufstieg geeigneter Arbeiter bemüht. Außerdem arbeitet man an einer gründlichen Umgestaltung der Schulprogramme und an der energischen Erweiterung der technischen Ausbildungsmöglichkeiten. Frankreich befindet sich so auf dem

besten Wege, seinen noch vor einiger Zeit sehr bedrohlichen Mangel an Ingenieuren einigermaßen zu beheben.

DEZENTRALISIERUNG

Schließlich sei ein letztes Merkmal dieses Industriezweiges erwähnt: seine örtliche Dezentralisierung. Die normale Tendenz zur Konzentration und zur Schaffung leistungsfähiger Großeinheiten wird ergänzt durch das Bestreben, die bereits vorhandenen Industriezentren zu meiden und sich in weniger industrialisierten Gegenden des Landes anzusiedeln, übrigens in Anpassung an die allgemeinen Regierungspläne. Der elektronischen Industrie fällt diese Politik verhältnismäßig leicht, da sie nicht selten völlig neue Fabriken für völlig neue Erzeugnisse errichten muß und außerdem überall ihre Arbeitskräfte schulen muß. Daneben ist sie sowohl von der Energieversorgung wie teilweise auch von den Transportmitteln verhältnismäßig unabhängig. Bisher führte die Dezentralisierung zu günstigen Ergebnissen. Die besonders benötigten weiblichen Arbeitskräfte werden ohne allzu große Schwierigkeiten in wenig industrialisierten Bezirken Frankreichs gefunden. Man interessiert gleichzeitig die Bevölkerung stärker am technischen Fortschritt und an den technischen Berufen. In wenigen Jahren wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, die Gegend von Grenoble ein neuer und bedeutender Mittelpunkt des technischen Lebens. Schrittweise erhält das Land so ein völlig neues industrielles Gesicht, denn auch andere Industriezweige beschreiten diesen Weg.

Spaniens Bemühungen zur Stabilisierung der Wirtschaft

Hans-Otto Glahn, Madrid

Auf dem Wege zur Stabilisierung seiner Währung und Wirtschaft ist Spanien einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Man hat nämlich erkannt, daß neue Wege beschritten werden müssen, daß man nicht ad infinitum die Notenpresse in Bewegung setzen und Waren einführen kann, deren Bezahlung unterbleiben muß, weil keine Devisen vorhanden sind.

Im Frühjahr 1957 fand eine Regierungsumbildung statt, in deren Gefolge man sich die Gesundung der Wirtschaft als Hauptziel setzte. Wenn auch die Erfolge bisher nur sehr begrenzt sind, so ist doch schon zu erkennen, daß man sich bemüht, die Inflation einzudämmen, die Preise zu halten, die öffentlichen Ausgaben einzuschränken und die Einfuhr zu vermindern.

Dies alles geht freilich nicht ohne gewisse Erschütterungen ab. Der Notenumlauf ist auch 1957 nicht unerheblich gestiegen, nämlich um etwa 7 Mrd. Ptas, d. h. um fast 15%. Der offizielle Devisenkurs wurde zwar nur unbedeutend (9%) erhöht, im Ausland aber gingen die Notierungen für spanische Banknoten um etwa 20% zurück. Der Index der Großhandelspreise ist weiterhin um 10% gestiegen, der neue Voranschlag für den Staatshaushalt liegt ebenfalls um 20% über dem vorhergehenden, und auch die Außenhandels-

bilanz ist noch keineswegs ausgeglichen, aber man spürte doch besonders in den letzten Monaten 1957 ein merklich verringertes Tempo, und was den Notenumlauf betrifft, eine geringe Schrumpfung, so daß die Maßnahmen der Regierung in diesem Jahre möglicherweise größere Erfolge zeitigen werden.

ANLEIHEFINANZIERUNG

Der Hauptgrund der Inflation liegt in der Tatsache, daß man in den letzten Jahren eifrig bemüht war, die Wirtschaft des Landes, insbesondere die Industrie und die Elektrizitätserzeugung, auszubauen, ohne über das dazu notwendige Kapital zu verfügen. Infolgedessen wurden teilweise halbstaatliche Gesellschaften gegründet, teilweise großzügig Kredite gewährt, wenn es sich um die Errichtung neuer Werke oder den Neubau von Handelsschiffen handelte. Die Finanzierung dieser Unternehmen erfolgte entweder direkt durch Darlehen des Staates oder durch Gewährung von Staatsgarantien für von den Unternehmungen selbst oder eigens dazu gegründeten Finanzierungsinstituten ausgegebene Anleihen, die somit den Staatsanleihen ziemlich gleichgestellt wurden. Die Darlehen des Staates gingen nicht über den ordentlichen Haushalt, sondern wurden durch Begebung von Staatsanleihen be-



SCHWANN REISEFÜHRER

sind als die neuartigen Reiseführer mit dem „Mut zum Niveau“ bereits zu einem Begriff geworden. Die handlichen und reichhaltigen Bändchen kosten je 4,80 DM (Oberrhein 5,80 DM)

Ausgaben: ROM · OBERITALIEN · SÜDITALIEN + SIZILIEN · TOSKANA + UMBRIEN · KATHEDRALENFAHRT BURGUND + PROVENCE · HOLLAND · BELGIEN · DAS RHEINLAND · OBERRHEIN

In jeder Buchhandlung erhältlich

SCHWANN REISEFÜHRER



schaft, die in zwanzig Jahren von 20 auf 100 Mrd. Ptas anwuchsen. Diese Anleihen wurden ohne Schwierigkeiten untergebracht. Ihre Zeichnung wurde stets bereits am ersten Tag geschlossen, meistens wurde sogar eine Zuteilung vorgenommen, da die Nachfrage erheblich größer war als der aufgelegte Betrag. Tatsächlich aber blieb ein großer Teil bei den Banken und wurde nicht privat untergebracht.

Die Banken in Spanien können sich kaum eine bessere Anlage für die täglich fälligen Gelder ihrer Kundschaft denken als Staatspapiere, da sie diese jederzeit bei der Zentralnotenbank, der Bank von Spanien, beleihen können. So kommt es, daß heute über die Hälfte aller Staatsanleihen in Händen der Banken sind, daß die Bank von Spanien nur zu einem sehr geringen Prozentsatz Wechsel privater Unternehmen im Rediskont von den Banken erhält (8% des Notenumschlufs), dagegen als Hauptaktivposten Darlehen gegen Staatspapiere ausweist, die 50% des Notenumschlufs und 30% der gesamten Staatsschulden ausmachen.

INDUSTRIELLER AUSBAU

Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß mit den so beschafften Mitteln Großes geleistet wurde. Insbesondere ist die Elektrizitätserzeugung erheblich gefördert worden. Die Stromerzeugung wurde in 20 Jahren vervierfacht, allerdings im wesentlichen durch den Ausbau von Wasserkraftwerken, was gleichzeitig auch zu einer Vergrößerung der künstlich bewässerten landwirtschaftlichen Nutzfläche um 20% geführt hat. Nun ist aber der Strombedarf noch stärker gestiegen, und die Regierung sieht sich gezwungen, Verbrauchsbeschränkungen aufzuerlegen, wenn der Regen ausbleibt oder die Niederschlagsmenge so gering ist, daß die Wasservorräte in den Staubecken knapp werden, wie es z. B. Ende 1957/Anfang 1958 der Fall war. Infolgedessen wird neuerdings stärkeres Gewicht auf den Ausbau von Wärmekraftwerken gelegt, um so mehr als für die nächsten Jahre vorgesorgt werden muß. Man hat auch an die Errichtung nuklearer Stromerzeugungsanlagen gedacht.

Auch die Eisenproduktion ist besonders durch die Ende 1957 in Betrieb genommenen neuen Werke in Avilés erheblich gesteigert worden. Wenn damit auch die Erzausfuhren geringer werden, so ist aber andererseits zu hoffen, daß die Eisenimporte in Zukunft fortfallen können.

Trotz allem herrscht noch in vielen Dingen Knappheit. Die Bevölkerung ist in den letzten zwanzig Jahren um 20% auf etwa 5 Millionen gestiegen, und zwar in den Städten bedeutend mehr als auf dem Lande. Es gibt keine Arbeitslosen, und wenn auch die Löhne

niedrig sind, so ist doch die Nachfrage nach Verbrauchsgütern und besonders nach Nahrungsmitteln stärker gestiegen als die Produktion. Infolgedessen müßte die Erzeugung von Gütern aller Art weiter erhöht und die Landwirtschaft modernisiert werden, um die Nachfrage befriedigen zu können, ohne die Einfuhr steigern zu müssen. Aber hierzu fehlt es an Kapital.

HANDELS- UND ZAHLUNGSBILANZ

Der Außenhandel Spaniens war seit jeher stark passiv. Das Defizit wurde in früheren Jahren jedoch durch die hohen Einnahmen, die über Zahlungen für Kapitalien im Ausland ins Land kamen, und durch die Sendungen spanischer Auswanderer aus Südamerika ausgeglichen, so daß etwa in den zwanziger Jahren selbst ein Einfuhrüberschuß von 600 Mill. Goldpeseten im Jahre die Währung nur unmerklich beeinflussen konnte. Diese Einnahmen sind nun aber zum größten Teil fortgefallen, teils aus politischen Gründen und zum Teil, weil viele Überseeländer selbst Währungsschwierigkeiten haben und keine freie Transfermöglichkeit mehr besteht.

Das Defizit der Handelsbilanz hat nach kurzen Unterbrechungen, die der Bürgerkrieg und der zweite Weltkrieg mit sich brachten, nicht nur seine alte Höhe wieder erreicht, sondern ist 1956 sogar auf 993,6 Mill. Goldpeseten gestiegen und hat 1957 sogar die Rekordhöhe von 1182,8 Mill. Ptas erreicht. Daraus hat sich ein bedeutendes Defizit der Zahlungsbilanz ergeben, eine Verschuldung Spaniens an das Ausland, wenn man auch wenigstens einen teilweisen Ausgleich in den Einnahmen aus dem stark angewachsenen Fremdenverkehr, der schätzungsweise 300 Mill. Goldpeseten ins Land bringt, und in der Amerikahilfe gefunden hat. Im Rahmen der Amerikahilfe hat Spanien seit 1953 etwa 480 Mill. \$ teils als Rüstungsbeitrag, teils zum Ausbau amerikanischer Stützpunkte, teils als langfristige Darlehen und teils als Zuschüsse erhalten. Von dem Fortbestehen dieser Zuschüsse ist die spanische Regierung weitgehend abhängig.

Im Laufe des Jahres 1957 ist die Einfuhr stark gedrosselt worden. Man beginnt auch die Notwendigkeit zu erwägen, ausländisches Kapital zum weiteren Ausbau der Wirtschaft ins Land zu ziehen, was bisher sehr erschwert wurde, da die Möglichkeit einer Beteiligung ausländischen Kapitals an spanischen Unternehmungen durch Gesetz auf 25% beschränkt war und Ausnahmen nur in Sonderfällen vom Ministerrat genehmigt wurden.

FISKALPOLITIK

Der Staatshaushalt sieht zwar eine weitere Erhöhung der Staatsausgaben um 20% vor, jedoch stellt dies nur eine scheinbare Erhöhung dar. Soweit diese Aus-

gabenerhöhung die durch die allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhungen bedingten Mehrausgaben übersteigt, stellt sie nämlich Investitionsausgaben dar, die bisher durch Ausgabe von Anleihen über den außerordentlichen Haushalt finanziert wurden. Die auf 47,9 Mrd. Ptas veranschlagten Staatsausgaben werden durch ordentliche Einnahmen gedeckt, von denen knapp 40% auf direkte Steuern und 60% auf indirekte Steuern, Zölle und Einkünfte aus Staatsmonopolen entfallen. Da das Volkseinkommen auf gut 400 Mrd. Ptas berechnet werden kann, beträgt die steuerliche Belastung im ganzen kaum 12%.

Neben dem ordentlichen ist ein außerordentlicher Haushalt in Höhe von etwa 12 Mrd. Ptas zur Finanzierung von Wohnungsbauten, Straßenbahnen, Landwirtschaft und dergl. vorgesehen. Man hofft jedoch, daß nur ein Teil dieser Summe durch die Begebung von Anleihen aufgebracht werden muß, da man damit rechnet, daß das tatsächliche Steueraufkommen etwa die Hälfte dieser Sonderausgaben bestreiten wird, so daß man also für 1958 nur mit der Auflegung von etwa 6 Mrd. Ptas neuer Staatsanleihen rechnet gegenüber 22 Mrd. Ptas im Jahre 1956.

Man hält die Zeit auch für gekommen, daß die halbstaatlichen Industrieunternehmen sich die für ihren weiteren Ausbau notwendigen Mittel ohne staatliche Hilfe direkt auf dem Kapitalmarkt beschaffen.

Ende 1957 wurde ein Gesetz zur Steuerreform verabschiedet, das Anfang 1958 in Kraft getreten ist. Man sucht die Staatseinnahmen ohne erhebliche Steuererhöhungen durch Vereinfachung des Systems zu steigern, wozu insbesondere die mit den Berufsverbänden abzuschließenden Pauschalsteuerabkommen beitragen sollen. Die Lohnsteuer beträgt grundsätzlich 15% des festen Arbeitseinkommens, jedoch sind Tagelöhner von der Steuer ausgenommen. Bei Gehältern unter 60 000 Ptas jährlich gibt es Ermäßigungen bis auf ein Drittel, Gehälter unter 15 000 Ptas im Jahr sind steuerfrei. Nur wer ein Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Ptas hat, muß eine persönliche Steuererklärung abgeben und eine Zusatzsteuer zahlen, deren Sätze zwar bis auf 44% ansteigen (bei Einkommen von über 6 Mill. Ptas), sich aber in den unteren Einkommen in bescheidenen Grenzen halten und erst bei 300 000 Ptas 10% und bei mehr als 600 000 Ptas 20% übersteigen.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Das Bild, das sich in Spanien gegenwärtig bietet, läßt also einerseits die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß der Geldentwertung energisch gesteuert wird und die Wirtschaft damit wieder eine stabile Grundlage erhält, es läßt aber andererseits auch erkennen, daß man mit einer weiteren starken Drosselung der Einfuhren nach Spanien rechnen muß.



VICTORIA VERSICHERUNGSGRUPPE

Gesamtprämieinnahme der Lebens- und
Sachversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1957
219 Millionen DM

Sicherheitsmittel (einschließlich technischer Rückstellungen)
Ende 1957
711 Millionen DM

Versicherungsleistungen seit der Währungsreform
bis Ende 1957
546 Millionen DM

Um die Jahreswende 1957/1958 Lebensversicherungsbestand
2,5 MILLIARDEN DM Versicherungssumme
Im Jahre 1957 in der Sachversicherung
92 MILLIONEN DM Prämieinnahme

In Spanien selbst aber sieht man immer mehr ein, daß es ohne Hilfe von außen nicht geht, daß man sich aber auch nicht restlos darauf verlassen darf, daß die USA weiterhin das bisherige Interesse zeigen werden und daß andererseits ein Anschluß an Europa doch erstrebenswert sein dürfte. Wenn man den Gedanken eines möglichen Zusammengehens mit den übrigen Ländern des Gemeinsamen Europäischen Marktes für Spanien zunächst auch völlig ablehnte, so haben sich die Meinungen darüber doch schon beträchtlich geändert, und der Wirtschaftsminister hat bereits erklärt, daß man darauf hinarbeiten müsse, Spanien in absehbarer Zeit dem Europäischen Markt anzuschließen.

Da das Land große Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung bietet, seine landwirtschaftliche Kapazität noch kaum genutzt ist, Bodenschätze vielfach vorhanden, aber ebenfalls nur teilweise erschlossen sind, würde ein Verzicht auf den Ausbau von zusehends bedürftigen Industriezweigen und eine Beschränkung auf die Ausnutzung der naturgegebenen Möglichkeiten auf die Dauer sowohl für Spanien als auch für den Europäischen Markt von Vorteil sein. Es ist deshalb zu hoffen, daß der eingeschlagene Weg weiter verfolgt wird, auch wenn man dabei in mancher Hinsicht Beschränkungen des selbständigen Handelns in Kauf nehmen muß.

Die Industrialisierung in Ägypten

Helmut von Schulmann, Kairo

Die industrielle Entwicklung in Ägypten nahm ihren Anfang eigentlich erst im letzten Weltkrieg, als die Versorgung des Landes mit Fertigwaren ins Stocken kam. In diese Zeit fällt die Gründung großer Textilfabriken, die Entwicklung der Stahlwerke auf Schrottbasis und die Errichtung anderer Industriezweige, für die eine inländische Rohstoffgrundlage vorhanden war.

AGRAR- UND INDUSTRIEPOLITIK

Nach dem Kriege, bis in die Anfangszeit des neuen Regimes hinein, wurde der landwirtschaftlichen Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zugewandt, ohne daß aber größere Projekte zur Verwirklichung gelangten. Das alte Projekt des Assuan-Hochdamms, dessen Hauptzweck die Regulierung der Wasserzufuhr durch den Nil und damit die Erweiterung der landwirtschaftlichen Anbaufläche um 25 % sein sollte, wurde von der Revolutionsregierung mit aller Energie betrieben, doch mußte seine Durchführung wegen der Suezkrise verschoben werden. Heute steht es, wie der Wirtschaftsminister kürzlich erklärte, nicht mehr auf der Prioritätsliste. Das neue Regime hat bedeutende Mittel in die Bewässerung eines großen Wüstengebiets westlich des Norddeltas investiert, um durch Schaffung der „Befreiungsprovinz“ (El Tahrir) dem Landvolk Arbeit und Verdienst sicherzustellen und die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Wegen Wassermangel und unzulänglicher Organisation stieß dieses Vorhaben aber auf erhebliche Schwierigkeiten, so daß man sich auf eine wesentlich geringere Meliorationsfläche umstellen und eine Reorganisation des kostspieligen Unternehmens vornehmen mußte.

Die fortgesetzte Zunahme der Bevölkerung und die chronische Passivität der Handelsbilanz führten die Regierung dazu, der industriellen Entwicklung des Landes besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde zunächst eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um dem inländischen und ausländischen Kapital den Anreiz für Investitionen in der Industrie zu

geben. Erhebliche Steuererleichterungen, die Garantie für Transfermöglichkeiten für die Gewinne des investierten Auslandskapitals, billige Kredite und andere Maßnahmen vermochten aber das Interesse des privaten Kapitals nur in geringem Maße zu wecken, und daher ist der Staat besonders in den letzten Jahren in verstärktem Maße selbst als Kapitalgeber aufgetreten, wobei sich die Inanspruchnahme seines Kredits bei der Nationalbank und ein Rückgriff auf die Devisenreserven nicht vermeiden ließen. Die Industrialisierungsbestrebungen des Regimes erhielten im Jahre 1957 durch die Aufstellung des „Fünfjahrsplans für die industrielle Entwicklung“ einen festen Rahmen. Dieser Plan sieht Kosten im Betrage von 221 Mill. £E vor, von denen etwa 40 % für Anschaffungen im Ausland aufzubringen sind. Er umfaßt nicht nur die Gründung neuer Industrieunternehmen, sondern auch Pläne für die Erschließung von Bodenschätzen und für die Organisation der Berufsausbildung.

FINANZIERUNGSHILFEN

Es war von vornherein klar, daß die Aufbringung der Mittel für die Anschaffung der Einrichtungen, Maschinen usw. aus dem Ausland auf Schwierigkeiten stoßen würde. Die Regierung wandte sich daher mangels anderer Quellen an die Sowjetunion, mit der im Januar 1958 ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit abgeschlossen wurde. Auf Grund dieses Abkommens gewährt die Sowjetunion Ägypten eine Anleihe von 700 Mill. Rubel (ca. 62 Mill. £), als deren Verwendungszweck die Beschaffung industrieller Einrichtungen, Maschinen und Materialien aus der UdSSR und anderen „volksdemokratischen Ländern“, die Finanzierung von Forschungsarbeiten und die Errichtung von Stätten zur Berufsausbildung bezeichnet wird. Die Anleihe muß in 4 Jahren in Anspruch genommen werden, und die Rückzahlung hat für jedes einzelne Projekt in 12 Jahresraten, beginnend ein Jahr nach Eintreffen der Installationen, Maschinen usw., zu erfolgen. Der Zinssatz beträgt 2,5 %. Das Abkommen trat bereits im Februar